



Jusos Hamburg
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg
Telefon: 040 280 848 13
E-Mail: jusoshamburg@spd.de

Pressemitteilung der Jusos Hamburg

Hamburg, 20. Oktober 2022

Pressemitteilung der Jusos Hamburg zur geplanten Beteiligung COSCOs am Containerterminal Tollerort:

Kein Ausverkauf kritischer Infrastruktur an chinesische Staatskonzerne!

Während der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine in den vergangenen Tagen wieder vermehrt Kiew und die gesamte Ukraine ins Visier nahm, gestand SPD-Parteichef Lars Klingbeil auch im Umgang mit Russland durch die SPD Fehler ein:

„Auf der Suche nach Gemeinsamkeiten haben wir oft das Trennende übersehen. Das war ein Fehler [...] Dadurch sind blinde Flecken in unserem Umgang mit Russland entstanden. Und das hat zu Fehlern im Umgang mit Russland geführt.“

Einer dieser Fehler im Umgang mit Russland war es, sensible Abhängigkeiten in Bereichen kritischer Infrastrukturen naiv zuzulassen. Mit der Zeitenwende, die der russische Angriffskrieg darstellt, wollen wir zwar auch mit den Fehlern der Vergangenheit aufräumen. Vor allem aber wollen wir diese Fehler künftig nicht wiederholen. Daher verwundert es sehr, dass sich das Kanzleramt in den vergangenen Tagen Medienberichten zu Folge dafür stark gemacht hat, Beteiligungen der chinesischen Staatsreederei COSCO an der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) und dem Containerterminal Tollerort durchzuwinken – entgegen der Empfehlungen aller sechs beteiligten Bundesministerien an der Investitionsprüfung.

Wir als Jusos Hamburg lehnen den Einstieg des chinesischen Staatskonzerns in den Hamburger Hafen in aller Deutlichkeit ab. Unabhängig davon, dass sich HHLA und COSCO bereits vor einem Jahr auf die Beteiligung geeinigt haben, zeigen insbesondere die Abhängigkeiten beim Gas von Russland, welche gravierenden Auswirkungen ein solcher Schritt haben kann. Kritische Infrastrukturen wie der Hafen dürfen nicht in die Hände von autokratischen Ländern gelangen. Dadurch, dass COSCO als chinesischer Staatskonzern direkt von der Regierung gesteuert wird, kann der geplante Einstieg nicht als reines Wirtschaftsgeschäft betrachtet werden. Dieser Schritt fügt sich nahtlos in die chinesische Strategie der neuen Seidenstraße, durch stückweise ausgebaute Beteiligungen den eigenen Einfluss in der Welt auszubauen.



Jusos Hamburg
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg
Telefon: 040 280 848 13
E-Mail: jusoshamburg@spd.de

Insbesondere das Argument, chinesische Reedereien würden den Hamburger Hafen in Folge einer möglichen Absage des geplanten Schritts nicht mehr anlaufen, ist vor diesem Hintergrund entlarvend. Einem solchen Erpressungsversuch darf nicht stattgegeben werden. Auch ohne Beteiligung läuft das Geschäft COSCOs in Hamburg seit den 80ern reibungslos, daher deutet die jetzige Forcierung des Einstiegs deutlich daraufhin, dass es eigentlich um einen Ausbau des Einflusses in den europäischen Häfen geht.

Hamburg wird auch ohne die Beteiligung COSCOs an einem Terminal das deutsche Tor zur Welt bleiben. Sollten chinesische Reedereien Hamburg in der Folge auslassen, stellt sich unweigerlich die Frage, ob man mit eben jenen Geschäfte mit einer solchen Tragweite machen sollte. Daher bedarf es für eine gesicherte Zukunft des Hamburger Hafens einer Strategie, die sich von Abhängigkeiten Chinas lossagt und ihn auf gesunde Beine stellt. Denn auch wenn China ein Hauptkunde des Hamburger Hafens bleiben wird, ist es mit Blick auf die Entwicklungen dieses Jahres nicht sinnvoll, sich in dieser Form von einem autokratischen Land abhängig zu machen.

Dies wurde auch im Bundestag Anfang der Woche in einer Geheimdienst-Anhörung deutlich: So fasst der Journalist Steffen Wurzel auf Twitter die Kernaussage mit "Russlands Politik ist gefährlich, aber nichts gegen die Gefahren, die von Chinas Staats- und Parteiführung ausgehen" zusammen. Es wird dazu ergänzend von BfV-Präsident Haldenwang festgehalten, "dass auf die Dauer die weit erheblichere Bedrohung deutscher Sicherheit und deutscher Interessen von China ausgehe". Er warnt eindringlich davor, sich in der kritischen Infrastruktur in Abhängigkeiten von China zu begeben - und wenige Tage später lassen das Kanzleramt und der hamburgische Senat dies im Hamburger Hafen zu?

Den Ausverkauf kritischer Infrastruktur und eines Teils des Kerngeschäfts der HHLA ohne Notwendigkeit und vor dem Hintergrund der strategischen Nachteile lehnen wir daher strikt ab. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, warum das Kanzleramt der ausdrücklichen Empfehlung aller beteiligten Bundesministerien sowie der EU-Kommission nicht folgt.

Daher fordern wir

- 1. die Bundesregierung auf, in dieser Sache zeitnah eine den Empfehlungen folgende Entscheidung zu treffen und diese transparent zu machen;**



Jusos Hamburg
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg
Telefon: 040 280 848 13
E-Mail: jusoshamburg@spd.de

2. die Hamburger Bundestagsabgeordneten auf, sich beim Bundeskanzler dementsprechend einzusetzen;
3. die Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten auf, sich gegen einen solchen Schritt zu positionieren und diese Haltung gegenüber dem Senat deutlich zu machen;
4. gleichzeitig eine europäische Initiative für eine gemeinsame Strategie, die eigene Handelsinfrastruktur zu stärken und vor dem Einfluss autokratischer Staatskonzerne zu schützen.

Für Rückfragen bitte an den Landesgeschäftsführer Carlo Hofacker wenden:

jusoshamburg@spd.de, 040 28 08 48 13